

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
10.03.2009

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:05 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brandi
Frau Kammeier
Herr Langeworth
Herr Michael Weber (bis 18.25 Uhr)
Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Donath
Herr Garbrecht (bis 19.00 Uhr)
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Heinz-Joachim Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood (ab 17.10 Uhr)
Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat
Frau Huber Seniorenrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Weitere Teilnehmer:

Herr Adams AGW, (bis 18.25 Uhr)
Herr Schmelz Ratsgruppe Bürgernähe

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Frau Dr. Delius Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Kleiner Stab Dezernat 3

Herr Wörmann
Herr Feix
Herr Metzger
Herr Lehmkühler

Frau Küster

Herr Richter
Herr Siegeroth

Schriftführung
Frau Krumme

Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Bauamt
Amt für Personal, Organisation
und Zentrale Leistungen
Amt für Personal, Organisation
und Zentrale Leistungen
Agentur für Arbeit
Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Im Rahmen der Dringlichkeit beantragt Herr Garbrecht unter TOP 5 einen gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen zu beraten. Die Anwesenden stimmen der Erweiterung der Tagesordnung zu. Weitere Änderungen gibt es nicht.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schlägt vor, die Beratung der Tagesordnungspunkte bis zum Erscheinen von Herrn Hood vorzuziehen. Die Anwesenden sind mit der Vorgehensweise einverstanden.

-.-.-

Zu Punkt 2
(vorgezogen)

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 50. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.02.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Kammeier schlägt vor, die Niederschrift unter TOP 5.1 wie folgt zu ergänzen:

„ Frau Kammeier befragt Herrn Radloff zu einem Zeitungsbericht, nach dem einer 38-Jährigen, deren Elternzeit ablaufe, eine schulische Weiterbildung abgelehnt worden sei und einer 60-Jährigen eine entsprechende Weiterbildung bewilligt werde. Herr Radloff führt aus, dass die Darstellung in der Zeitung sehr schwer nachvollziehbar sei. Es müsse jeder Einzelfall betrachtet und darüber entschieden werden. Darüber hinaus sei in 2008 mit einer intensiven Betreuung der über 50-Jährigen begonnen worden.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der 50. Sitzung des

Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.02.2009 wird, unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Ergänzung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 (vorgezogen)

Kontaktstelle für neue Wohnformen und Wohnprojekte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Metzger verweist auf den verteilten Flyer der Kontaktstelle. Hier werde versucht, den Kontakt zwischen investitionsbereiten Personen und Investoren und Bauträgern herzustellen. Die Kontaktstelle arbeitet in enger Kooperation mit der Wohn- und Pflegeberatung. Auf den Bielefelder Immobilientagen sei eine große Nachfrage erkennbar gewesen. Nähere Informationen stehen auf der Internetseite der Stadt Bielefeld zur Verfügung.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 (vorgezogen)

59. Wissenschaftlicher Kongress der Bundesverbände der Ärzte und Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Dr. Delius informiert über den vom 07. – 09.05.2009 stattfindenden 59. Wissenschaftlichen Kongresses in der Bielefelder Stadthalle.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1 (vorgezogen)

Anfrage der Ratsgruppe Die Linke vom 02.03.2009 zum Thema: Senkung der Mietkosten - Kaltmiete (4,64 € pro Quadratmeter)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6651/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt mit, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet werde.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1
(vorgezogen)

Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen

- 1. zum Referentenentwurf des Gesetzes zur Regelung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und**
- 2. zur Vertragsverlängerung der örtlichen Arbeitsgemeinschaft über den 31.12.2009 hinaus**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6672/2004-2009

Herr Garbrecht begründet den Antrag damit, dass der ausgehandelte Kompromissvorschlag im Koalitionsausschuss nicht verabschiedet worden sei. Die SPD-Fraktion schlage deshalb vor, die Akteure auf Bundesebene für den Kompromissvorschlag als Verständigungsgrundlage zu sensibilisieren und die Fortführung des bestehenden Systems trotz aller Schwächen zu unterstützen. Herr Weber (CDU) und Frau Dr. Ober schließen sich den Ausführungen an und fordern dazu auf, die Mitglieder des Bundestages auf die Bielefelder Besonderheiten aufmerksam zu machen und die Unterstützung für eine zeitnahe und grundgesetzkonforme Entscheidung einzufordern.

Auf Nachfrage von Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage führt Herr Richter aus, dass sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Entscheidung über die Vertragsverlängerungen vorbehalten habe und er rechtlich keine Möglichkeit habe, die Verträge für die Arbeitsgemeinschaften im Arbeitsamtsbezirk Bielefeld zu verlängern. Beigeordneter Herr Kähler ergänzt, dass für den Fall der Vertragsverlängerung zwischen Herrn Richter und ihm bereits Formulierungsvorschläge erarbeitet worden seien, um sinnvolle Lösungen für die Betroffenen treffen zu können. Die Folgen eines Vertragsablaufes zum 31.12.2009 wären unter anderem:

- Getrennte Aufgabenwahrnehmung,
- Höherer Verwaltungs- und Personalaufwand
- Geringere Gestaltungsmöglichkeit,
- Zweiter Verwaltungsstrang,
- Doppelte Bescheide,
- Beendigung erfolgreicher Projekte (z. B. Jib & Job)

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bittet Herrn Richter und Beigeordneten Herrn Kähler alle Möglichkeiten für die Verlängerung des Vertrages zu nutzen.

Beschluss:

- 1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fordert die zuständigen Akteure auf der Ebene des Bundes sowohl in der Bundesregierung als auch in den Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, schnellstmöglich den zwischen dem Bundesarbeitsminister Herrn Scholz und den Ministerpräsidenten Herrn Beck und Herrn Rüttgers gefundenen Kompromiss in Form der Regierungsentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes als auch den Gesetzentwurf für eine Ausgestaltung der Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften parlamentarisch zu erörtern, ggf. zu verändern und rechtzeitig zu**

beschließen, um im Rahmen der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist ab dem 01.01.2011 auf gesicherter Grundlage eine einheitliche Leistungsgewährung und Förderung der Menschen im SGB II zu garantieren.

2. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fordert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) auf, die bestehenden Verträge für die Bielefelder Arbeitsgemeinschaft und für die weiteren 69 Arbeitsgemeinschaften, deren Gründungsverträge Ende 2009 auslaufen, bis Ende 2010 zu verlängern, um dauerhaft Planungssicherheit sowohl für die betroffenen Langzeitarbeitslosen als auch für die dort arbeitenden Menschen zu gewährleisten. Die andauernde Unsicherheit führt u. a. zu einer erheblichen Personalfuktuation aus den Arbeitsgemeinschaften heraus. Mangelhafte Personalausstattung und nicht ausreichende Ausbildung der Handelnden vor Ort führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Leistungsgewährung.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Umbesetzung im SGA

- Verpflichtung von Herrn Joachim Hood als stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt Herr Hood als neues stellvertretendes Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 6

Umsetzungsstand Jib & Job

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Siegeroth erläutert anhand des als Tischvorlage verteilten Berichtes (**Anlage 1**) den Umsetzungsstand des Projektes Jib & Job. Für jede Schule würden wöchentlich Sprechstunden angeboten und auch in Anspruch genommen. Es sei jeweils ein Berater zuständig, der über alle bestehenden Beratungsangebote informieren könne. In der Entwicklung 2009 sei bereits abzusehen, dass sich in der Zeit zwischen dem Bezug von SGB II und dem Beginn einer Berufsausbildung eine Finanzierungslücke ergebe. Bisher sei diese Zeit mit einem Darlehn überbrückt worden. Eine Zuschussgewährung würde den Ausbildungseinstieg wesentlich

erleichtern.

Auf Nachfragen von Frau Cascante-Maristany, Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Weber (CDU) und Frau Dr. Ober führt Herr Siegeroth aus, dass Ausbildungsabbrüche nicht so häufig zu verzeichnen seien. Viele Jugendliche, die bisher gejobbt haben und durch die schwierige Arbeitsmarktsituation keine Verdienstmöglichkeiten mehr hätten, würden jetzt SGB-II-Leistungen beziehen. Damit erkläre sich u. a. der Anstieg der SGB-II-Bezieherinnen und –Bezieher. Herr Siegeroth erläutert die zusätzlichen Strategien für 2009, insbesondere die Verbesserung der präventiven Arbeit, den Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche ohne Berufspraxis und den Übergang von Schule und Ausbildung. Im Rahmen von außerbetrieblichen Ausbildungen werde versucht, das 1. Ausbildungsjahr im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Jugendhaus und dem Ausbildungsbetrieb zu gestalten und das 2. Jahr über den Betrieb weiter zu führen. Dadurch würden wieder Finanzmittel für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen. Für Jugendliche ohne Schulabschluss biete die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs eines Schulabschlusses an. Die bisher ermittelte Anzahl an Qualifizierungsplätzen sei der BA mitgeteilt worden. Richtlinien zu den Voraussetzungen, die die Jugendlichen erfüllen müssen, liegen derzeit noch nicht vor.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Präsentation und lobt die gute Arbeit des Jugendhauses und bittet auch zukünftig über die weiteren Entwicklungen informiert zu werden.

Zu Punkt 7

Theoriereduzierte Ausbildung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6641/2004-2009

Frau Küster erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage und Herrn Winkelmann führt Frau Küster aus, dass derzeit Gespräch mit der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) geführt würden und zur Zeit nicht absehbar sei, ob bereits zum Ausbildungsbeginn 2009/2010 zusätzliche theoriereduzierte Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Man sei sich bewusst, dass lernbehinderte Jugendliche keine klassischen Auswahltests durchlaufen können. Auswahlentscheidungen würden nach längerfristigen Praktika getroffen. Herr Winkelmann bekräftigt noch einmal das Anliegen des Beirates für Behindertenfragen, dass nicht nur Ausbildungsmöglichkeiten ermittelt sondern auch umgesetzt werden. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für den Zwischenbericht.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Zwischenbericht des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen zur Kenntnis.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Konzept "Seniorenfreundliches Bielefeld" Kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder -Änderungsantrag der Gruppe Bürgernähe in der Ratssitzung am 19.02.2009-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Schmelz erläutert anhand der verteilten Tischvorlage (**Anlage 2**) aus Sicht der Ratsgruppe Bürgernähe in Bielefeld einige Barrieren im öffentlichen Raum. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage macht deutlich, dass sich der Ausschuss im Rahmen der Konzeptberatungen ausführlich mit diesem Thema befasst habe und die Überlegungen hierzu im Konzept „Seniorenfreundliches Bielefeld“ berücksichtigt worden seien. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss für Fragen zur Sicherheit und barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes zuständig sei. Der Änderungsantrag wird als Anregung aufgenommen, die Umsetzung der Konzepte solle aber abgewartet werden.

-.-.-

Zu Punkt 9

Erstellung ärztlicher Zeugnisse nach § 14 PsychKG NRW -Sachstand-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordnete Frau Ritschel erinnert an das in der Sitzung am 08.12.2008 dargelegte neue Verfahren (Drucks.-Nr. 6099/2004-2009). Die Bezirksregierung Detmold als Fachaufsichtsbehörde habe hierzu bestätigt, dass das skizzierte Verfahren eine rechtskonforme Lösungsmöglichkeit darstelle (**Anlage 3**). Ein neuer freiwilliger nervenärztlicher PsychKG-Dienst komme nach Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Driessen nicht zustande (**Anlage 4**). Im Jahr 2008 sei die Zahl der Zwangseinweisung um 68 auf 568 angestiegen. Das mache deutlich, dass der Blick nicht nur auf die Frage der Erstellung ärztlicher Zeugnisse gerichtet sein dürfe. Insofern schlage sie in Abstimmung mit Beigeordneten Herrn Kähler vor, nochmals alle Bausteine des Hilfesystems zu überdenken. Dabei sollen alle Akteure einbezogen werden.

Nach Hinweis von Herrn Garbrecht auf die als Tischvorlage verteilte Informationsvorlage (**Anlage 5**) führt Frau Beigeordnete Ritschel aus, dass bisher keine Informationen über die zur Verfügung stehenden Projektmittel des Landes vorgelegen haben. Nachfragen beim zuständigen Ministerium hätten ergeben, dass insgesamt 250.000 € für Modellprojekte zur Verfügung stünden, es hierfür aber leider keinerlei Förderrichtlinien gebe. Sie sehe hier eine Chance in Gesprächen mit den Akteuren ein Modellprojekt zur Reduzierung von Unterbringungen zu entwickeln und dafür solche Fördergelder einzuwerben.

Herr Garbrecht sieht in den beiden Schreiben des Ministeriums aus 2008 nach wie vor einen Widerspruch. Dort spiegle sich nur das Landesinte-

resse an der Reduzierung der Einweisung wieder. Die Frage nach der Aufgabenart sehe er nicht beantwortet. Allein die Rechtskonformität sage noch nichts über die Fachkonformität der Vorgehensweise aus. Im Hinblick auf die vom Land veröffentlichten Einweisungsquoten bittet er die Verwaltung, die Gründe für die abweichenden Quoten und deren Zusammenhänge in Bielefeld darzulegen. Beigeordneter Herr Kähler gibt zu Bedenken, dass beim Vergleich der Einweisungsquoten z. B. auch die Struktur der Kommunen und die Anzahl der psychiatrischen Kliniken berücksichtigt werden müssten. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Berichterstattung und bittet die Verwaltung Ideen und Konzepte zu entwickeln und sie dem Ausschuss vorzulegen.

-.-.-

Zu Punkt 10

Kommunaler Pandemieplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6644/2004-2009

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass die Weltgesundheitsorganisation 1999 alle Staaten aufgefordert habe, für den Fall einer Influenzapandemie eine Maßnahmenplanung vorzubereiten. Auf Bundes- und Landesebene liegen inzwischen Maßnahmepläne vor. Des Weiteren gebe es einen Influenzapandemieplan für NRW. Auf der Grundlage dieser Dokumente sei der Kommunale Influenzapandemieplan Bielefeld erarbeitet worden. Es handelt sich um eine 80 Seiten umfassende Loseblattsammlung. Aufgrund des Umfangs sei der Plan nicht mit der Einladung verschickt worden. Auf Wunsch könne er den Fraktionen in Dateiform zur Verfügung gestellt werden. In nächster Zeit könne er auch auf der Internetseite der Stadt Bielefeld eingesehen werden.

Frau Dr. Delius informiert über die Entstehung einer Pandemie und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten und erläutert den Aufbau des kommunalen Pandemieplans (**Anlage 6**). Darüber hinaus verweist sie auf eine Broschüre vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur Vorsorge und Eigenhilfe in Notsituationen, die als Tischvorlage verteilt worden ist. Frau Schneider regt an, diese Broschüre auch an Kindergärten zu verteilen. Beigeordnete Frau Ritschel führt aus, dass als nächstes die betriebliche Pandemieplanung vorbereitet werde. Hierbei müssten auch große Bielefelder Unternehmen mit einbezogen werden.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Ausführungen.

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage beendet die Sitzung um 19.35 Uhr.

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)